



Antrag

des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

Baubranche stärken - Potentiale öffentlicher Auftragsabwicklung nutzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die durch Preiserhöhungen bei Rohstoffen und Materialien unter Druck geratene Baubranche umfassend zu unterstützen. Hierzu sind Vertragspotentiale bei der Durchführung öffentlicher Bauvorhaben zu nutzen, wobei Kostensteigerungen im Rahmen bauvertraglicher Kooperation so weit wie möglich ausgeglichen werden sollen. Darüber hinaus ist die Förderung der Produktion regionaler Baustoffe zu erweitern, um Preisschwankungen für die Beschaffung von importierten Baustoffen dauerhaft entgegenwirken zu können.

Begründung:

Seit dem 4. Quartal 2020 ist in der Baubranche eine dynamische Preisentwicklung für Baustoffe zu verzeichnen. Die Preise für Holz sind seit September 2020 um bis zu 20% gestiegen, die Steigerungsquoten bei Mineralölerzeugnissen liegen bei 15% und übertreffen bei Betonstahl sogar die 30%-Marke. Im Bereich Wärmedämmung und bei Trockenbauprofilen betragen die Preiserhöhungen 50%.

Ursächlich für diese Entwicklung ist zunächst der in der ersten Phase der Corona-Pandemie zu verzeichnende Produktionseinbruch. Die danach sich wieder erholende Konjunktur auf den Weltmärkten führte dazu, dass die Nachfrage schneller als die zur Verfügung stehenden Kapazitäten angewachsen ist. Inzwischen sind sogar Lieferengpässe bis hin zu vollständigen Lieferstopps zu verzeichnen, die sich in Form von langwierigen Bauunterbrechungen auswirken.

Diese Preissteigerungen treffen die Baubranche in einer kritischen Phase, in der die finanziellen Handlungsspielräume ohnehin schon sehr gering sind. Die Bauindustrie wird gerade in Schleswig-Holstein überwiegend von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägt. Diese Betriebe unterliegen besonders bei öffentlichen Ausschreibungen einem harten Wettbewerb, bei dem zumeist das billigste Angebot den Zuschlag erhält. Dies zwingt zu sehr engen Kalkulationen, was sich in geringen Umsatzrenditen niederschlägt. Parallel zu den derzeit zu verzeichnenden Preissteigerungen bei Baustoffen sinken deshalb die ohnehin niedrigen Gewinnmargen.

In dieser Situation sind die öffentlichen Auftraggeber des Landes besonders gefordert, die vorhandenen Potenziale im Rahmen der Realisierung von Bauvorhaben durch Anpassungen der Vertragsgrundlage zu nutzen, damit sich regionale Anbieter am Markt behaupten können. Um darüber hinaus in Zukunft von Preisschwankungen für die Beschaffung von importierten Baustoffen unabhängiger zu werden, ist zugleich die regionale Produktion mineralischer Baustoffe zu fördern und der regionale Abbau von Sand und Kies dauerhaft auszuweiten.

Volker Schnurrbusch und die Abgeordneten der AfD